

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4020

"Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4020 vom 11.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5114 des WI vom 23.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5744 vom 11.03.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine garantierte Ausnahme von Verbrennerfahrzeugen, die mit Biokraftstoffen betrieben werden, von den CO₂-Flottengrenzwerten der EU für neuzugelassene Pkw einzusetzen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die CO₂-Intensität von Antriebsträngen in allen legislativen, exekutiven und judikativen Zwecken nach dem Well-to-Wheel-Prinzip und über den gesamten Lebenszyklus berechnet wird.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Senkung der Energiesteuer und des Umsatzsteuersatzes auf alle Biokraftstoffe auf das rechtlich mögliche Minimum einzusetzen.

Schließlich wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass auch Halter von Pkw, die mit Biokraftstoffen betrieben werden, die Treibhausgasminderungsquote (THG) beantragen können.

Begründung:

Die vollständige Abschaffung des EU-Verbrennerverbots (vgl. Drs. 19/326) oder zumindest eine Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot ist dringend erforderlich, um dadurch zumindest dessen Schäden für die bayerische Wirtschaft zu minimieren.

Die Verordnung (EU) 2023/851, die das schrittweise Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2035 erzwingt, sieht keine Ausnahme für Biokraftstoffe vor. Die Forderung der rechtskonservativen italienischen Regierung nach einer solchen Ausnahme wurde von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) abgelehnt. Obwohl im Jahr 2026 eine Revision des Verbots angesetzt ist, bei der voraussichtlich „klimaneutrale“ synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) berücksichtigt werden könnten, ist es unwahrscheinlich, dass Biokraftstoffe von dieser Regelung profitieren werden.

BMW-Chef Oliver Zipse bezeichnet die Ausnahme nur für E-Fuels als ein „gezieltes Verbrennerverbot durch die Hintertür“¹, da selbst zugelassene Verbrenner nicht fahren könnten, wenn keine E-Fuels verfügbar sind. Dies bestätigt auch die Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag: E-Fuels spielen im bayerischen Straßenverkehr zum heutigen Stand keine Rolle, und es gibt seitens der Staatsregierung keinerlei strategische Pläne, bis 2035 eine stabile Versorgung des bayerischen Verkehrssektors mit erschwinglichen E-Fuels aufzubauen. Stattdessen setzt sie offiziell auf die Elektrifizierung des Straßenverkehrs (vgl. Drs. 19/3310).

¹ Peitsmeier H. (2024). BMW hadert mit der Politik. FAZ. URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bmw-vorstandschef-zipsebefuerchtetverbrenner-aus-durch-die-hintertuer-19893021.html>

Während eine Versorgung mit synthetischen Kraftstoffen nicht absehbar ist, spielen umweltfreundliche Biokraftstoffe bereits jetzt eine wichtige und relativ leicht ausbaufähige Rolle im bayerischen Straßenverkehr. Neben der bereits bestehenden Infrastruktur bieten Biokraftstoffe weitere deutliche Vorteile aus konsumentischer, industriell-landwirtschaftlicher, ökologischer und strategischer Perspektive:

Ausbaufähige Produktionskapazitäten: Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 3,5 Mio. Tonnen Biodiesel produziert, bei einem Absatz von 2,1 Mio. Tonnen und einer Produktionskapazität von 3,49 Mio. Tonnen. Im gleichen Zeitraum belief sich die Produktion von Bioethanol auf 0,7 Mio. Tonnen, bei einem Absatz von 1,2 Mio. Tonnen. In Bayern produzieren zwei Unternehmen, die Biosyntec GmbH in Regensburg und die Tecosol GmbH in Ochsenfurt, Biodiesel. Die Produktionskapazität beider Anlagen wird vom Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V. (VDB) auf 125 000 Tonnen Biodiesel pro Jahr geschätzt (vgl. Drs. 19/3316).

Die wirtschaftliche Bedeutung von Biokraftstoffen ist erheblich: Bundesweit sind rund 22 000 Erwerbstätige in der Biokraftstoffherstellung beschäftigt, viele davon in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Diese Branche trägt jährlich zu einer Bruttowertschöpfung von 6,6 Mrd. Euro bei.² In Bayern sind etwa 25 000 Erwerbstätige im Bereich der Bioenergie tätig.³ Zudem hängen fast 180 000 direkte und indirekte Arbeitsplätze im Freistaat sowie 231 Unternehmen und 2,9 Prozent der bayerischen Wirtschaft – was einer Bruttowertschöpfung von 20,2 Mrd. Euro im Jahr 2023 entspricht – von der Fertigung des konventionellen Antriebsstrangs ab,⁴ die durch eine Ausnahme für Biokraftstoffe gerettet werden könnte.

Im bayerischen Straßenverkehr wächst die Rolle von Biokraftstoffen: Sie machen 5 Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauchs im Verkehrssektor aus, darunter 3,7 Prozent Biodiesel und 1,3 Prozent Bioethanol. Während die Verkaufszahlen von E-Autos um knapp 70 Prozent eingebrochen sind,⁵ stellen Biokraftstoffe 82 Prozent der im bayerischen Straßenverkehr genutzten erneuerbaren Energien dar. Im Jahr 2022 wurden auf Bayerns Straßen ca. 613 322 Tonnen Biokraftstoffe verbraucht, davon 413 000 Tonnen Biodiesel, 322 Tonnen Pflanzenöl sowie ca. 200 000 Tonnen Bioethanol.

Die im Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgesehene THG-Quote beträgt im Jahr 2024 9,25 Prozent und soll bis 2030 auf 25 Prozent steigen. Ein Verbrennerverbot ohne Ausnahmen für Biokraftstoffe würde diese Zielsetzung jedoch konterkarieren.

Biokraftstoffe tragen zum Ausbau der strategischen Autonomie des Freistaates bei: Zum einen können Biokraftstoffe im Gegensatz zu Rohölprodukten heimisch produziert werden. Nach Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe kann das Potenzial für die Biokraftstoffproduktion in Deutschland bis 2050 36,3 Millionen Tonnen erreichen, was knapp 60 Prozent des derzeitigen Kraftstoffverbrauchs im deutschen Verkehr entspricht.⁶ Zum anderen stammt über die Hälfte der deutschen Biokraftstoffeinfuhren aus Europa. Dies schafft gute Voraussetzungen für „Nearshoring“ und ermöglicht eine größere Unabhängigkeit bei der Versorgung mit Mobilitätsenergieträgern.

² BDB et al. (2023). Politikinformation Biokraftstoffe. Verbrauchervertrauen, Fakten und Hintergründe. URL: https://biokraftstoffverband.de/wp-content/uploads/2023/07/07_2023_Politikinformation_Biokraftstoffe.pdf

³ Ulrich P. (2023). Erneuerbar beschäftigt in den Bundesländern: Bericht zur aktualisierten Abschätzung der Bruttobeschäftigung 2021 in den Bundesländern. GWS. URL: <https://www.econs-tor.eu/bitstream/10419/278635/1/1859296270.pdf>

⁴ Falck O. et al. (2017). Auswirkungen eines Zulassungsverbots für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/projekt/2017-01-01/auswirkungen-eines-zulassungsverbots-fuer-personenkraftwagen-und-leichte>

⁵ August 2024 zum Vorjahresmonat: ADAC (2024). Pkw-Neuzulassungen August 2024: E-Auto-Absatz bricht dramatisch ein. URL: <https://www.adac.de/news/neuzulassungen-kba/>

⁶ FNR (2024). Bioenergiepotenziale 2050. URL: <https://bioenergie.fnr.de/bioenergiepotenziale-2050>

Biokraftstoffe können preislich wettbewerbsfähig sein: So ist Biodiesel HVO 100 im Durchschnitt zwar 15 Cent teurer als konventioneller Diesel⁷ und kostete Anfang Oktober 2024 etwa 1,68 Euro pro Liter.⁸ Würde jedoch der Energiesteuersatz auf HVO 100 auf den zulässigen EU-Mindestsatz von 33 statt 47 Cent pro Liter gesenkt, läge der Preis auf dem gleichen Niveau wie bei Diesel. Mit einer reduzierten Umsatzsteuer könnte HVO 100 sogar 20 Cent günstiger sein, was einem Preis von 1,33 Euro pro Liter entsprechen würde.

Biokraftstoffe sind CO₂-ärmer als H2- und E-Autos: Über seinen Lebenszyklus ist Biodiesel (27,5 Tonnen CO₂) ca. 5 Prozent weniger CO₂-intensiv⁹ als konventioneller Diesel (29 Tonnen CO₂), und somit auch weniger CO₂-intensiv als batterieelektrische Fahrzeuge (31 tCO₂) und Pkw mit Wasserstoff-Brennstoffzelle (43 tCO₂).

⁷ Brügge M., Wildberg R. (2024). Wo kann ich den Ökokraftstoff HVO tanken – und wie viel kostet er? AUTO BILD. URL: <https://www.autobild.de/artikel/hvo-okeodiesel-20987829.html#:~:text=HVO%20100%20ist%20im%20Durchschnitt%2015%20Cent%20teurer%20als%20konventioneller%20Diesel%20und%20kostete%20Anfang%20Oktober%202024%20etwa%201,68%20Euro%20pro%20Liter.>

⁸ ADAC (2024). Durchschnittlicher Preis für Diesel-Kraftstoff in Deutschland (in Eurocent pro Liter). URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/224105/umfrage/durchschnittlicher-preisfuer-diesel-kraftstoff/>

⁹ Umweltbundesamt Österreich (2012). Ökobilanzen ausgewählter Biotreibstoffe. URL: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0360.pdf>



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung**

**Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/4020

**Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biok-
raftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Markus Saller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint das ganze Haus zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beide Male keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Über den Antrag der AfD-Fraktion soll gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Evaluierung
13.12.2024 - 07.03.2025
Drs. 19/4684, 19/5181

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5181 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Staatliche Beihilfen im Luftverkehr – Leitlinien der Kommission für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Überarbeitung)

11.12.2024 - 05.03.2025

Drs. 19/4686, 19/5185

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5185 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Bürokratiefreies Bayern: Handwerksbetriebe und Privatpersonen von der Nachweispflicht für die Entsorgung von Altfenstern befreien
Drs. 19/3921, 19/4980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!
Drs. 19/3952, 19/5017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und Grundversorgung sichern: Verbandsklagerecht einschränken
Drs. 19/3957, 19/5112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot
Drs. 19/4020, 19/5114 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling
Drs. 19/4113, 19/5095 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alpenbiotopkartierung aktualisieren!
Drs. 19/4123, 19/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden
Drs. 19/4157, 19/5008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Busfahrpersonal: Maßnahmen gegen die Personalkrise – Reduktion der Führerscheinpflichtstunden
Drs. 19/4158, 19/5089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte beschleunigen
Drs. 19/4189, 19/5010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 19/4247, 19/5011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte
Drs. 19/4316, 19/5115 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer, Thomas Holz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hotels sind keine Parkhäuser – Übertragung von Beherbergungsbetrieben in der Erbschafts- und Schenkungsteuer
Drs. 19/4386, 19/5009 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken I:
Betriebspraktikum an allen Schulartern verpflichtend einführen
Drs. 19/4424, 19/5012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken II:
Schulsozialarbeit an allen beruflichen Schulen etablieren!
Drs. 19/4425, 19/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken III:
Berufliche Schulen in das Startchancen-Programm aufnehmen
Drs. 19/4426, 19/5014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken IV:
Erasmus+ an beruflichen Schulen ausbauen
Drs. 19/4427, 19/5015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken V: Digitale Infrastruktur ausbauen
Drs. 19/4428, 19/5016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg –
sofortige Schutzmaßnahmen ergreifen
Drs. 19/4552, 19/4982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

21. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stilllegungswelle von Biogasanlagen verhindern
Drs. 19/4572, 19/5116 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen
Drs. 19/4577, 19/5090 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------	--

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!
Drs. 19/4678, 19/5117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4020, 19/5114

**Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten:
Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Florian Köhler

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8:**

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot (Drs. 19/4020)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! "Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot". – Das ist der Titel unseres Antrags. Mit ihm wollen wir erreichen, dass sich die Staatsregierung auf EU-Ebene für garantierter Ausnahmen für Verbrennerfahrzeuge, die mit Biokraftstoffen betrieben werden, einsetzt. Diese Verbrenner sollen von den CO₂-Flottengrenzwerten der EU für neu zugelassene Pkw ausgenommen werden.

Außerdem fordern wir von der Staatsregierung, dass sie sich künftig auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass die CO₂-Intensität von Antriebssträngen in allen Bereichen über den gesamten Lebenszyklus berechnet wird. Abgesehen davon fordern wir eine grundsätzliche Senkung der Energiesteuer und des Umsatzsteuersatzes auf alle Biokraftstoffe auf das rechtlich mögliche Minimum.

Das sind unsere Forderungen, und die sind notwendiger denn je; denn die CSU hat sich in Berlin von den Roten einmal wieder über den Tisch ziehen lassen. Wenn die CSU und der Ministerpräsident den Schwanz schon bei den Sondierungsgesprächen einziehen, dann will ich mir gar nicht ausmalen, wer am Ende der eigentliche Kapitän auf dem Narrenschiff Bundesregierung wird.

Die Union, geübt im Wählerbelügen, bekennt sich in ihrem Sondierungspapier zwar zum Automobilstandort Deutschland und seinen Arbeitsplätzen; aber die SPD hat es geschafft, ein Bekenntnis zum Verbrennungsmotor aus dem Papier zu verhandeln. Wenn Sie den Automobilstandort stärken wollen, dann gibt es zwei Optionen: Entweder man schafft das EU-weite Verbrennerverbot wieder ab, oder man schafft Ausnahmen für Biokraftstoffe, um die Schäden für die bayerische Automobilwirtschaft zu minimieren.

Die Europäische Union diktiert uns ein schrittweises Verbot von Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2035, und die entsprechende Verordnung sieht keine Ausnahmen für Biokraftstoffe vor. Das hat die Staatsregierung in einer Antwort auf unsere Anfrage zugegeben. Obwohl die Automobilbranche unter den Flottengrenzwerten leidet, wie es jüngst den Medien zu entnehmen war, weigert sie sich, die Hersteller und die Wirtschaft insgesamt zu entlasten, indem man zum Beispiel Ausnahmetatbestände für Verbrenner und damit für Ideen formuliert, die bereits existieren und funktionieren.

Ihre Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Vorschlag aus Italien, Ausnahmen für Biokraftstoffe zu schaffen, abgelehnt. Auch Ihre Idee, die Automobilindustrie mit E-Fuels, also synthetischen, klimaneutralen Treibstoffen zu retten, wird, ehrlich gesagt, ein Rohrkrepierer. Für die Produktion braucht man erst einmal billige Energie. Damit sieht es zappenduster aus, und nach Auskunft der Staatsregierung werden in Bayern überhaupt keine E-Fuels im industriellen Maßstab produziert.

E-Fuels spielen aktuell im bayerischen Straßenverkehr keine Rolle. Es gibt keine strategischen Pläne der Staatsregierung, bis zum Jahr 2035 eine stabile und erschwingliche Versorgung des bayerischen Verkehrssektors mit E-Fuels aufzubauen. Die offizielle Strategie der Staatsregierung setzt auf die Elektrifizierung des Straßenverkehrs. Das geht aus einer Antwort der Bayerischen Staatsregierung hervor. Das heißt, das Verbrennerverbot wird durch die Hintertür kommen, es sei denn, Sie bewegen sich einmal und schaffen endlich Ausnahmetatbestände.

(Beifall bei der AfD)

Es ist nun einmal so: Umweltfreundliche Biokraftstoffe spielen bereits eine wichtige Rolle im bayerischen Straßenverkehr, und sie funktionieren. Es besteht eine Infrastruktur, und die Biokraftstoffe bieten aus Sicht des Verbrauchers und auch aus industriell-landwirtschaftlicher, ökologischer und strategischer Sicht Vorteile. Dabei sei die Unabhängigkeit erwähnt, die durch die Förderung von Biokraftstoffen geschaffen wird.

Stimmen Sie unserem Antrag nicht unseretwegen zu, sondern wegen der Menschen, die sich mit ihrer Arbeit jeden Tag das Essen auf den Tisch bringen. In Deutschland sind das rund 22.000 Erwerbstätige, die in der Biokraftstoffherstellung tätig sind. Das entspricht einer jährlichen Brutto-Wertschöpfung von 6,6 Milliarden Euro. In Bayern verdienen etwa 25.000 Menschen ihre Brötchen im Bereich der Bioenergie.

Laut Ifo-Institut hängen fast 180.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt an der Fertigung des konventionellen Antriebsstrangs. Ausnahmeregelungen für Biokraftstoffe könnten die Fertigung des konventionellen Antriebsstrangs und die damit verbundenen Arbeitsplätze des Automobilstandorts Deutschland retten. Nicht Schuldenberge sind die Zukunft für unsere Automobilindustrie; sondern Steuersenkungen und Ausnahmetatbestände für unsere Wirtschaft sind das Gebot der Stunde. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Dr. Stefan Ebner.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Geschätzter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen! Wir diskutieren heute den Antrag der AfD, "Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot".

Meine Damen, meine Herren, der Erfolg Deutschlands und der Erfolg Bayerns ist untrennbar mit der Automobilindustrie verbunden. Wir haben einen großen Teil unseres Wohlstandes dieser Automobilindustrie zu verdanken. Meine Damen und Herren, das soll auch so bleiben. Die Automobilindustrie ist dennoch in der Krise, die Automobilindustrie schrumpft. Sie schrumpft in Europa, in Deutschland, aber auch in Bayern.

Noch nie in der Geschichte gab es so viel Druck auf diese Industrie. Noch nie gab es einen so tief greifenden Wandel, bedingt durch viele Faktoren: Standortfaktoren, zu hohe Energiekosten und vor allem die Bürokratie, das teure Nebeneinander von Verbrennern und Elektroautos, der Protektionismus, vor allem das Thema Zölle, die Kaufzurückhaltung, die wir überall durch die schwierige Wirtschaftslage sehen, der Einbruch bei den Absatzzahlen von E-Autos in Deutschland, im Jahr 2024 in Höhe von minus 27 %, der Übergang zu einer vollständigen Digitalisierung des Autos. Früher gab es Autos mit Technik, heute gibt es Computer mit Reifen. Natürlich gibt es den Wandel durch klimafreundliche Antriebe.

Aber ein ganz wesentlicher Grund für diese schwierige Situation der Automobilindustrie in Europa, in Deutschland und in Bayern ist, dass wir erkennen müssen, dass China auf dem Automarkt mittlerweile die Nummer eins ist. Kein anderes Land exportiert und produziert so viele Autos. China ist zum Technologieführer bei E-Autos geworden, und keine andere Nation pumpt so viel Geld in die eigene Industrie. Das führt zu heftigen Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen und auf dem deutschen Markt. Unser bisheriges deutsches und europäisches Geschäftsmodell für die Autoindustrie funktioniert so nicht mehr; denn ein wesentlicher Teil davon war China, nämlich als unendlich großer Absatzmarkt für deutsche Autos. Das ist vorbei.

China hat im Jahr 2024 mehr als 10 Millionen Elektro- und Hybridautos gebaut. Die Chinesen setzen auf Eigenmarken zu günstigen Preisen, die Marktanteile europäischer Autohersteller schrumpfen. Die Chinesen kaufen sehr gerne die eigenen chinesischen Autos. Sie lieben die Elektromodelle, die anderen Modellen technisch in nichts nachstehen. Der Exportüberschuss, den wir immer hatten – wir haben immer

mehr Autos nach China exportiert als importiert –, ist voraussichtlich dieses Jahr zum ersten Mal beendet. Es werden mehr Autos nach Europa kommen und verkauft als in die andere Richtung.

Das ist die neue Realität, und die Käufer ziehen auch mit: Drei Viertel der 30- bis 39-Jährigen können sich vorstellen, ein chinesisches Auto zu kaufen. Die Skepsis ist vorbei, und das sieht man auch an den Zahlen: In der deutschen Automobilindustrie gab es im letzten Jahr 19.000 Stellen weniger.

Meine Damen, meine Herren, es steht völlig außer Frage: Die Automobilindustrie ist die Kernindustrie für Bayern. Bayern und seine Automobilindustrie, das gehört zusammen, das ist untrennbar. Es ist mehr als nur Wirtschaft, es ist eine tiefe Zusammenghörigkeit. Ich sage zu Bayern und seiner Autoindustrie: Das ist Liebe. Es gehört daher zu den obersten Pflichten eines jeden bayerischen Politikers, sich um die bayerische Autoindustrie zu kümmern.

1.100 Unternehmen in Bayern sind Teil der Automobilindustrie, fast eine halbe Million der Menschen in Bayern verdienen ihr Geld in dieser Industrie. Der vorliegende Antrag suggeriert, dass wir jetzt aufwachen müssten, um etwas zu tun. Das ist grundlegend falsch. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Erstens. Bayern vertritt seit jeher den Ansatz der Technologieoffenheit. Deswegen ist auch zu erwarten, dass in Zukunft mehrere Antriebsformen parallel nebeneinander existieren. Dieser Fokus auf die Technologieoffenheit fehlt in diesem Antrag.

Zweitens. Sie sprechen die CO₂-Flottenregulierung an. Hier passiert ja gerade sehr viel. Die EU wird den Unternehmen mehr Zeit geben, um die CO₂-Flottengrenzwerte einzuhalten. Mehr Flexibilität war ja auch immer das Drängen Bayerns. Jetzt haben wir eine mehrjährige Betrachtung erreicht, sodass nicht nur das Jahr 2025 gesehen wird, sondern auch die Jahre 2026 und 2027 herangezogen werden, wenn Autobauer die Grenzwerte aktuell nicht ganz erfüllen. Hier müssen sie dann umso besser sein. Genau das wird kommen, und das war auch die Position Bayerns.

Drittens. Sie sprechen das Thema "Well-to-Wheel", die Lebenszyklusanalyse an. Auch diese Forderung verfolgt der Freistaat längst. Das Thema ist auch in Europa auf dem Tisch. Hier gibt es die klare Forderung, dass bis Ende dieses Jahres eine umfassende Lebenszyklusanalyse-Methode entwickelt sein muss. Damit sollen die Umweltauswirkungen von Fahrzeugen von der Produktion bis zur Entsorgung bewertet werden. Das muss dann auch in die EU-Gesetzgebung eingeführt werden. Das liegt also bereits auf dem Tisch in Brüssel.

Viertens. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht ganz zielführend. Wir haben bisher noch keine Zulassung von reinem Biokraftstoff. Autos, die vom Verbrennerverbot ausgenommen werden sollten, müssten jedoch zu 100 % mit Biokraftstoff fahren. Wir haben aktuell nur begrenzte Mengen an Biokraftstoff.

Fünftens. Über das Thema Transformationsfonds haben wir vor Kurzem hier im Plenum gesprochen. 350 Millionen Euro werden der bayerischen Industrie zur Verfügung gestellt, damit bayerische Unternehmen bei der Transformation durch Investition in Forschung und in innovative Technologien, bei der Umstellung von Produktionsprozessen und beim Aufbau alternativer Geschäftsmodelle unterstützt werden können. Von diesen 350 Millionen Euro sollen mindestens 100 Millionen Euro in die bayerische Automobilindustrie investiert werden. Auch hier passiert also viel.

Sechstens. Bayern unternimmt sehr viel zur Förderung der E-Mobilität. Es ist offensichtlich, dass die gesteckten Ziele des Bundes, nämlich 15 Millionen E-Autos und eine Million Ladepunkte bis 2030 zu haben, nicht erreicht werden können. Hier muss vom Bund zweifelsohne mehr geliefert werden, zum Beispiel durch die Wiedereinführung einer Förderung zum Kauf von E-Autos, was aktuell auch diskutiert wird.

Lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Dieser Antrag enthält zweifelsohne diskussionswürdige Punkte, aber lässt den Fokus auf Technologieoffenheit vermissen. In Teilen ist er auch – ich habe es gerade erwähnt – überholt. Ich habe

auch betont, Bayern tut sehr viel in dem Bereich, den Sie angesprochen haben. Kaum eine andere Industrie, meine Damen und Herren, ist so abhängig vom Freihandel und von offenen Märkten wie die Automobilindustrie. Kaum eine andere Industrie profitiert so stark von einem einheitlichen Währungsraum und einem geeinten Europa. Sehr geehrte Antragsteller, wenn Sie wirklich etwas für die bayerische Automobilindustrie tun wollen, verabschieden Sie sich von Forderungen wie der nach dem Austritt aus dem Euro-Raum oder aus der EU;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn es hilft den Fischen nicht, sie zu füttern, wenn man gleichzeitig den Teich trockenlegen will.

Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, über den wir jetzt sprechen, trägt den Titel "Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten: Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot". Schon die Überschrift ist eigentlich lächerlich. Wir haben das Thema im Ausschuss ausgiebig diskutiert. Wäre es so einfach, die Automobilindustrie zu retten, wären – glauben Sie mir – andere auch schon auf die Idee gekommen, bestimmte Themen weiter nach vorne zu bringen. Der zweite Fehler ist, zum wiederholten Mal von einem Verbot für Verbrennermotoren zu sprechen. Auch das stimmt nicht. Den Populisten sind Fakten egal. Es geht immer nur darum, die Menschen zu verunsichern. Die Fakes bleiben oft unwidersprochen. Ich erkläre es also noch einmal: Wir haben kein Verbrennerverbot, aber ab 2035 müssen Neuwagen Antriebe haben, die kein CO₂ mehr ausstoßen, also klimaneutral sind.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD) – Lachen bei der AfD)

Über die Flottengrenzwerte sprechen wir im nächsten wunderbaren Antrag noch einmal, das lasse ich jetzt weg.

Biokraftstoffe zu fordern, wäre aus vielerlei Hinsicht ziemlich unsinnig. Der Anbau dieser Energiepflanzen würde viel mehr Flächen beanspruchen und dann auch im Wettbewerb mit Ernährungsthemen stehen. Der AfD sind das Klima und die Erderwärmung egal, aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir damit auch Ökosysteme zerstören würden. Die einseitige Förderung von Biokraftstoffen ist auch deswegen falsch, weil man damit wieder die Investitionen in Alternativen wie Elektromobilität und Wasserstoff schwächt oder stört. Es verzerrt den Wettbewerb, und wir wollen ja technologieoffen versuchen, zu klimaneutralen Antrieben zu gelangen. Das ist auch unser Ziel. Das muss klar sein.

In diesem Bereich gibt es viel zu tun. Ich habe großes Vertrauen in unsere Ingenieurkunst. Unsere Maschinenbauer sind in der Lage, hier noch sehr viel zu entwickeln. Auch muss man – das hat Herr Kollege Ebner richtig ausgeführt – sehen, auf welchem Markt wir uns bewegen. Die Elektromobilität ist Realität. Sie wird die Mobilität der Zukunft, zumindest im Bereich der Pkw, sein. Also müssen wir unsere Fahrzeugindustrie stärken, damit sie den Weg dahin schafft, und nicht noch einmal stören und irritieren. Wir brauchen Stabilität und müssen klare Signale geben. Wir als Bayerischer Landtag und Sie als Staatsregierung sind dazu aufgefordert, dies zu unterstützen. Dabei sprechen wir von Ladeinfrastruktur, Senkung der Energiekosten und Ähnlichem. Wir wollen nicht nach hinten gehen, sondern nach vorne kommen. Für unsere Automobilindustrie ist es eklatant wichtig, dass wir uns weiterentwickeln. Wir können weder vor dem Wettbewerb noch vor den Klima- und Umweltthemen die Augen verschließen. Deswegen müssen wir gemeinsam Entscheidungen treffen.

Der Antrag wurde schon einmal im Ausschuss mit einer klaren Absage beschieden. Wir wiederholen dies hier. Natürlich stimmen wir nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Wenn es sein muss.

(Lachen bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ha, ha, ha!)

Florian Köhler (AfD): Das muss sein, Frau Fuchs. Keine Sorge, das parlamentarische Recht lasse ich mir nicht nehmen.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ja, ich weiß. Vergessen Sie das nur niemals.

Florian Köhler (AfD): Frau Fuchs, Sie haben gerade davon schwadroniert, dass die Elektromobilität die Zukunft sein soll. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet. Man ist final aus der Kohle ausgestiegen. Es ist eine eklatante Versorgungslücke entstanden,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein! Das ist gelogen!)

aber auch Elektromobile müssen irgendwie aufgeladen werden. Wenn wir schon jetzt Versorgungslücken und keine grundlastfähigen Kraftwerke am Netz haben, stellt sich die Frage, wie man zukünftig ganz Deutschland mit Strom für Elektromobilität versorgen will. Das ist doch ein Märchen, das Sie hier erzählen.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ich merke, Sie sitzen zwar jede Woche im Ausschuss, aber hören nicht zu oder verstehen es nicht oder wollen es nicht verstehen, oder es ist zu schwierig. Das kann natürlich auch sein. Das halte ich auch für möglich.

(Zuruf von der AfD: Unverschämt!)

Wir erläutern immer wieder genau, wie wir den Ausbau der Energien vorantreiben. Hier ist auch schon sehr viel passiert. Das ist nicht unser größtes Problem. Alle Möglichkeiten dafür sind vorhanden. Natürlich ist die Bayerische Staatsregierung aufgefor-

dert, diese Wege zu beschreiten. Gut, sie geht langsam und macht ein paar Umwege, aber im Endeffekt sind wir auf dem richtigen Weg. Die Kernkraftwerke noch einmal in Betrieb zu nehmen, ist eine unmögliche Forderung. Das haben wir im Ausschuss schon ausgiebig diskutiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Herr Kollege Markus Saller.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag wurde ja bereits im Ausschuss behandelt. Dort ist er abgelehnt worden. Sie suggerieren mit dem Antrag, dass die Bayerische Staatsregierung nichts tun würde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das haben wir am letzten Freitag festgestellt: Die EU hat einen Aktionsplan vorgelegt, wo Zeiten verschoben werden, wo neue Diskussionen stattfinden werden. Die Tür ist aus meiner Sicht wieder offen, und das ist eben genau der Druck gewesen, der letztendlich von der Automobilbranche, aber auch von der Bayerischen Staatsregierung ausgegangen ist.

Es ist bekannt, dass die Bayerische Staatsregierung einen technologieoffenen Ansatz verfolgt. Das wird sie auch weiterhin tun. Natürlich sind auch Biokraftstoffe, E-Fuels nach wie vor interessante Techniken für uns, die weiterverfolgt werden. Wir werden sehen, was sich am Markt durchsetzt und was nicht. Letztendlich ist genau das, was passiert ist, ein Zeichen dafür, dass die Staatsregierung gehandelt hat. Von daher hat sich Ihr Antrag meines Erachtens am heutigen Tag eigentlich schon erledigt.

Ich gehe noch ganz kurz auf die Lebenszyklusberechnung ein. Dieser Well-to-Wheel-Ansatz mag ein Ansatz sein. Ob es letztendlich der wirklich richtige ist, ist zweifelhaft; denn "Well" heißt im Prinzip auch, dass man sich fragt, wie denn der Antriebsstoff – egal, ob das jetzt Strom oder ein Kraftstoff ist – eigentlich erzeugt wird und mit welchen Kosten. Letztendlich würde Well-to-Wheel bedeuten, dass man ein Fahrzeug während des ganzen Lebenszyklus immer mit der gleichen Quelle betankt. Das ist,

glaube ich, nicht gewährleistet. Wir sind da aber insoweit bei Ihnen, als wir schon der Meinung sind, dass schon ein verbindliches Kriterium entwickelt werden muss; aber das liegt, wie gesagt, auch auf dem Tisch.

Im Übrigen möchte ich mich dem Kollegen Dr. Ebner anschließen. Der hat Ihnen vorher sechs Punkte diktiert, die gerade in der Diskussion und im Entstehen begriffen sind. Ich glaube, es macht wenig Sinn, die hier jetzt noch einmal zu wiederholen. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Kaiser Wilhelm II. wird das Zitat zugeschrieben: "Ich glaube an das Pferd. Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung." Genau so setzt die AfD weiterhin auf den Verbrennungsmotor.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Ich glaube, auch die AfD wird irgendwann eine vorübergehende Erscheinung sein. Zumindest hoffe ich das. Was sind die Argumente gegen Biokraftstoffe? – Das eine ist, dass Biokraftstoffe auch Schadstoffe produzieren, wenn auch vielleicht weniger als Kraftstoffe aus fossilen Energieträgern.

Zum Zweiten wollen wir aus Klimaschutzgründen wirklich Klimaneutralität erreichen. Wir haben eine Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder, und deswegen müssen wir klimaneutral sein. Das geht mit E-Mobilität am besten, weil wir aus Sonne und Wind, aus erneuerbaren Energien klimaneutral Energie herstellen können. Das ist der Punkt.

Ich finde es spannend, dass sich die AfD zum Thema Automobilindustrie überhaupt äußert; denn Sie wollen viele der Menschen mit Migrationshintergrund remigrieren. Sie wollen sie in ihre Herkunftsänder deportieren. Gehen Sie doch einmal zu BMW, gehen Sie einmal zu Audi, und schauen Sie sich an, wie viele griechisch-, türkisch- und italienischstämmige Menschen da arbeiten.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian Köhler (AfD) – Unruhe)

Die vertreten Sie nicht, gegen die ziehen Sie zu Felde, und ohne die würde unsere Automobilindustrie in Bayern gar nicht funktionieren. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nachdem ich vorhin zu Tagesordnungspunkt 7 einen Vorbehalt zur Verhängung einer Ordnungsmaßnahme formuliert habe, darf ich das, bevor ich die Sitzung schließe, auch noch zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt 8 tun; dort sind ähnliche Begrifflichkeiten gefallen. Wir werden uns das im Präsidium alles anschauen. Die Sitzung ist aber erst einmal geschlossen. Schönen Abend.

(Schluss: 17:50 Uhr)